

SPD demokratischer pressediens

P. XXV/201

23. Oktober 1970

Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik

Demokratisierung der Selbstverwaltung: eine Aufgabe der SPD

Von Jockel Fuchs
Oberbürgermeister der Stadt Mainz,
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in
Rheinland-Pfalz und Vorsitzender des Kommu-
nalpolitischen Ausschusses des SPD-Partei-
vorstandes

Seite 1 und 2 / 78 Zeilen

Straffere Führung der Streitkräfte

Helmuth Schmidt arbeitet weiter nach "Fahrplan"

Seite 3 / 30 Zeilen

Das Wunder der "Grünen Revolution"

Fakten zur Friedensnobelpreis-Verleihung
an Dr. Borlaug

Seite 4 und 5 / 89 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Status von Berlin

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin

Anfang/Seite 9 und 10 (4. Fortsetzung und Schluß)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Böler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9168
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 069 648 986 6477
069 648 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik

Demokratisierung der Selbstverwaltung: eine Aufgabe der SPD

Von Jockel Fuchs

Oberbürgermeister der Stadt Mainz

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz und

Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses des SPD-Parteivorstandes

Wer sich heute die Frage stellt, welche Zukunft die Kommunalpolitik haben soll, wird sich zunächst Klarheit darüber verschaffen müssen, welcher Rang der Kommunalpolitik im Bereich der Innenpolitik nach unserem Verständnis von sozialer Demokratie zukommt. Dies erfordert eine nüchterne Bestandsaufnahme der zu lösenden Aufgaben fernab jeder Selbstverwaltungs-Romantik und jedes Selbstverwaltungs-Pessimismus.

Innenpolitik ist im weitesten Sinne Gesellschaftspolitik. Der Vorrang, den die Innenpolitik heute ohne Zweifel vor der Außenpolitik hat, begründet zugleich die Priorität der Gesellschaftspolitik. Die Tatsache, daß die sozialliberale Bundesregierung unter der Führung von Willy Brandt eine Regierung der "inneren Reformen" sein will, gibt uns geradezu die Verpflichtung auf, die gesellschaftspolitische Relevanz jedweden politischen Handelns und Unterlassens immer wieder bewußt zu machen.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Kommunalpolitik läßt sich leicht nachweisen. Die industrielle Revolution vollzog sich in den Städten und schuf riesige Agglomerationen von Menschen und Maschinen. Sie schuf zugleich auch die "Unwirtlichkeit unserer Städte", um mit dem Titel eines bekannten Buches zu sprechen. Diese Unwirtlichkeit mit ihren schwerwiegenden Folgen für den Einzelmenschen und die Gesellschaft gilt es zu beseitigen. Dies um so mehr, als die Stadt mit all ihrer Künstlichkeit für den größten Teil der Bevölkerung zur natürlichen Umwelt geworden ist. Wenn dem so ist, dann hat Kommunalpolitik als Gesellschaftspolitik in der Stadt mehr zu sehen als ein System technischer Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen. Neben die Aufgabe der Daseinsversorger, die sich - was schwer genug ist - in der Funktionsfähigkeit der Versorgungssysteme erledigt, tritt die Aufgabe der umfassenden Stadtgestaltung.

Die Politik der "inneren Reformen" gewinnt zu einem guten Teil konkrete Gestalt in unseren Städten. Ich meine, es ist an der Zeit, diese Tatsache nicht nur auszusprechen, sondern unsere Politik entsprechend zu motivieren. Gerade die Kommunal-

politiker sind aufgerufen, menschliche Maßstäbe für die zukünftige Entwicklung unserer Städte zu entwickeln. Der Kommunalpolitische Ausschuß beim Parteivorstand der SPD hat sich diese Aufgabe gestellt. Wir können uns nicht länger hinter den Definitions-Schwierigkeiten der Wissenschaften verschanzen, was "menschliche Maßstäbe" seien. Wir sind täglich gezwungen, Entscheidungen zu treffen und können daher nicht länger warten.

Ein zweites Thema muß meines Erachtens in den Vordergrund der kommunalpolitischen Diskussion rücken, das Thema der Reform unserer Kommunalverfassungen.

Die Städte sind keineswegs mehr jene überschaubaren Gebilde, als die sie einst galten. Die Entwicklung einer Stadt ist heute in einem weit größerem Ausmaß von den Entwicklungstendenzen in der gesamten Gesellschaft und den übergreifenden politischen Organisationen abhängig, als dies je der Fall war. Die technischen Möglichkeiten unserer Zeit und das gesellschaftliche Prinzip der Arbeitsteilung schaffen jenes vielschichtige Netz von gegenseitigen Abhängigkeiten gesellschaftlicher Entwicklungen, das es den Bürgern unmöglich macht, die sozialen und politischen Vorgänge in ihrer Stadt zu überschauen und zu verstehen.

Es ist daher an der Zeit, in unseren Kommunalverfassungen von der Fiktion wegzukommen, als könnten die Bürger ihre Gemeinde selbst verwalten. Die kommunalen Bürokratien sprechen dem seit langem Hohn. Jene Auffassung von Selbstverwaltung der Gemeinden, die die Gemeinde strukturell in die Nähe des Vereins oder der Genossenschaft rückt, muß überwunden werden. Auch in unsere Kommunalverfassungen muß die Tatsache Eingang finden, daß die heutige Stadt ein kompliziertes politisches Gebilde ist, das politische Funktionen hat und in unserem Staatsaufbau ein eigenständiges politisches Gewicht hat. Wir müssen die Selbstverwaltung der Gemeinden auf neue Füße stellen. Wir müssen sie in einem möglichst großen Umfang demokratisieren und insbesondere die Öffentlichkeit in stärkerem Maße als bisher an der Stadtplanung beteiligen.

Es ist ein Gebot der Stunde, daß die SPD ihre kommunalpolitischen Aktivitäten verstärkt. Es kommt darauf an, die Gesamtheit und Geschlossenheit der Politik der SPD in Bund, Ländern und Gemeinden deutlich zu machen, und dies insbesondere im Zeichen einer Politik der inneren Reformen. Daß wir das Ansehen, das die SPD gerade auf kommunalpolitischer Basis genießt, auch für die Politik in den Ländern und im Bund fruchtbar machen sollten, das versteht sich von selbst.

+ + +

Straffere Führung der Streitkräfte

Helmut Schmidt arbeitet weiter nach "Fahrplan"

Genau nach "Fahrplan" hat Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt jetzt den Führungsstab der Streitkräfte umgegliedert. Er hatte diese Neugliederung und Straffung am 21. März 1970 befohlen, damit der Generalinspekteur der Bundeswehr ein Führungsinstrument erhält, mit dem er die ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll erfüllen kann.

Im einzelnen bedeutet die Umgliederung außer der Straffung eine Anpassung der Organisation des Führungsstabes an die Organisation in den NATO-Stäben sowie die Einsparung von zwei Unterabteilungen. Mit der Benennung "Stabsabteilungen" soll eine klare Unterscheidung von den zivilen Unterabteilungen gemacht werden. Klarer und eindeutiger als bisher soll auch dadurch die Verantwortung des Generalinspekteurs für die Gesamtaufgaben der Streitkräfte herausgestellt werden. Alle nicht vom Generalinspekteur und vom Verteidigungsministerium wahrzunehmenden Aufgaben sind aus dem Führungsstab ausgegliedert und anderen Dienststellen übertragen worden.

Besondere Schwerpunkte des Führungsstabes mit insgesamt sieben Stabsabteilungen liegen jetzt in den Stabsabteilungen I (Innere Führung, Personal und Ausbildung) und III (Militärpolitik, Führung). Die Stabsabteilung I, in der zum erstenmal Innere Führung und Ausbildung zusammengefaßt sind, erhält zehn Referate und zwei stellvertretende Abteilungsleiter. Die wichtige Stabsabteilung III wird künftig von einem Zwei-Sterne-General geleitet, dessen Stellvertreter ein Brigadegeneral wird.

Diese Umgliederung, die schon in der Regierungserklärung vom Oktober 1969 angekündigt worden war, drückt vor allem den politischen Willen des Ministers aus, die koordinierende Funktion des Generalinspekteurs zu unterstreichen. Nach ihrem Beispiel werden auch die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte umgegliedert.

Hartmut Miegel

+ + -

Das Wunder der "Grünen Revolution"

Fakten zur Friedensnobelpreis-Verleihung an Dr. Borlaug

Am 10. Dezember wird in der Osloer Universität der Weizen-zuchtexperte Dr. Norman Ernest Borlaug, Amerikaner norwegischer Abstammung, den Friedensnobelpreis 1970 entgegennehmen. In der Begründung des Nobelpreiskomitees heißt es, daß Borlaug als Initiator der "Grünen Revolution" den Entwicklungsländern die Möglichkeit gegeben habe, aus Hunger und Armut auszubrechen. Die "Grüne Revolution" ist trotz ihres aggressiv klingenden Namens eine gewaltlose Kampagne der Wissenschaft und des Lernens, denn sie wird überall auf den Weizen- und Reisfeldern der Dritten Welt ausgetragen. Ihr Beginn war allerdings nur möglich, weil davor Züchtungsspezialisten der Rockefeller- und Ford-Stiftung für Weizen und Reis in ihren Labors und auf den Versuchsfeldern jene Sorten züchteten, die als Wunderweizen und Wunderreis bezeichnet wurden.

Es begann in Mexiko, wo unter Dr. Norman Borlaug, dem international anerkannten Weizenzüchter der Rockefeller-Stiftung, zusammen mit seinem Mitarbeiter Dr. Ignazio Narvaes und seinem Team von CIANO bei Ciudad Obregon in Sonora und bei Capingo in der Nähe von Mexiko City ein Weizen gezüchtet wurde, der schließlich in Mexiko zu einer Verdreifachung der Hektarerträge führte, und das innerhalb von nur 15 Jahren. Von besonders fortschrittlichen Landwirten in Mexiko wurden sogar Hektarerträge von 40 Doppelzentnern erzielt, das ist mehr als in Dänemark oder im Rheinland. Der Weizen, der diese Revolution verursacht hat, besitzt genetisch ein großes Ertragspotential, kombiniert mit kurzem, starkem Halm, weshalb er in der Lage ist, Handelsdünger (Mineraldünger) in starken Dosen - 125 Pfund Stickstoff und 60 Pfund Phosphorsäure je Hektar zu absorbieren, ohne daß der Halm knickt. Die Sorte besitzt die Fähigkeit, eine phänomale Anzahl von Halmen zu entwickeln mit vier bis fünf fruchtbaren Ähren, wodurch die eigentlichen hohen Erträge zu erklären sind. Genetisch ist der neue Weizen ein Kosmopolit. Seine kurze Statur entstammt einem japanischen Kurzstrohweizen, der diese Eigenschaft der Kurzstämmigkeit sowohl den mexikanischen Sorten als auch den hoch ertragreichen Gaines vererbte, eine Spezialsorte, die von Dr. Orville A. Vogel in Washington entwickelt worden ist. Andere Vorfahren sind der US-Weizen Thatcher und eine Anzahl guter mexikanischer Sorten.

Das soziologische Wunder, das ebenfalls eine Voraussetzung der "Grünen Revolution" ist, war beim Start in Mexiko nicht minder klein als das wissenschaftlich-züchterische. Mexiko hat es verstanden, Millionen von früher sehr rückständigen Landwirten die Verwendung so ertragreichen Saatguts in Kombination mit so großen Mengen Mineraldünger beizubringen. Das war nur möglich, weil Mexiko für das Erziehungswesen, für die Überwindung des Analphabetentums und für die Verbreitung technischer Kenntnisse viermal so viel an Finanzmitteln aufwendet als für das Militär. Damit und

mit der Lernwilligkeit der breiten Massen kann man fast überall in der Welt "Wunder wirken", und darin in der Verwirklichung der Selbsthilfe der armen Völker - liegt auch die wirksamste Waffe im Kampf gegen Hunger und Armut.

Der Wunderweizen hat inzwischen Eingang in Pakistan und Indien gefunden. Atemberaubend der Bericht der Ford-Foundation über ihre Aktion in Pakistan. Dieser Staat hatte 1965 nur 350 to Saatgut des mexikanischen Wunderweizens eingeführt. Bei der Vermehrung des Saatguts auf Regierungsstationen wurde ein Durchschnittsertrag von 34 Doppelzentnern je Hektar erzielt. 1966 standen für die Aussaat 17.000 to des nun "Mexi-Pak" genannten Weizens zur Verfügung. Damit wurden in Westpakistan in 20.000 Dörfern Demonstrationszellen besät, die einen Durchschnittsertrag von 32 Doppelzentnern je Hektar erbrachten.

Die Hauptnahrung in Asien ist Reis. 1960 haben daher die Ford- und Rockefeller-Foundation das internationale Reisforschungsinstitut (IRRI = International Rice Research Institute) in Los Banos bei Manila gegründet, und inzwischen gibt es auch einen Wunderreis. Auch hier wieder ein Erfolg der Wissenschaft, der friedlichen Forschung. Der von diesem Institut gezüchtete Reis erbringt Erträge, die pro Hektar je nach Wachstums-, Anbau- und Betriebsbedingungen doppelt bis viermal so hohe Erträge bringen wie bisher. Die 1967 mit dem Wunderreis, IR-8 genannt, bepflanzt und natürlich bewässerten 200.000 Hektar brachten den philippinischen Reisbauern eine Netto-Mehreinnahme von rd. 65 Millionen DM. Schon 1968 erzeugten die Philippinos mehr Reis als die Bevölkerung essen konnte. Aber auch hier war es mit der wissenschaftlichen Züchtungsleistung allein nicht getan. Priester verkündeten von der Kanzel, wie der Reis anzubauen sei. In den abgelegenen Gebieten erhielten Tausende von Kleinbauern Do-it-yourself-Beutel mit Saatgut für 2.000 gm Anbaufläche, den notwendigen Düngemitteln und einer leicht verständlichen Anleitung für den Anbau in Englisch und der Amtssprache Tagalog.

Inzwischen gilt die Erkenntnis, daß mit einer neuen Weltstrategie dem Hunger erfolgreich zu Leibe gerückt werden kann. Die Mittel dazu sind von der Wissenschaft erdacht worden. Jetzt sind die Politiker gefordert, so, wie sie in der Begründung zur Friedensnobelpreisverleihung gemahnt werden: "... Wenn die Wirtschaftler und Politiker der Welt heute eine ebenso große Leistung für eine friedlich ausgeglichene Entwicklung der Dritten Welt vollbringen können, wie Borlaug auf dem Gebiet der Ernährung getan hat, werden wir mit größerem Optimismus den Aussichten für Frieden auf Erden entgegen sehen."

Heinz Öckhardt

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes (Schluß)

Klaus Schütz: Der Status von Berlin

Jedenfalls waren und sind die Berliner bereit, über Verbesserungen jederzeit auch selbst zu sprechen. Fest steht dabei dies: Allen Tendenzen aus Moskau und aus Ost-Berlin, das Vier-Mächte-Statut als nur für West-Berlin geltend zu betrachten, wird weiterhin klar widersprochen. Nicht weil die Behörden in West-Berlin unbeweglich und kleinkariert fixiert sind lediglich auf bestimmte Formeln, sondern weil dies bedeuten würde, den Status von Berlin einseitig, zu Gunsten einer Seite also zu verändern. Jedem Revisionismus muß widersprochen werden - auch einem Revisionismus Ost-Berliner Prägung.

Die Bundesregierung hat hinsichtlich ihrer Verhandlungen mit der Sowjetunion, mit Polen, auch mit der DDR und demnächst wohl auch mit der CSSR mehrfach klargestellt, daß Ergebnisse, die wirklich befriedigend genannt werden können, nur zu erwarten seien, wenn die Gespräche der Vier Mächte über Berlin auch dort zu Regelungen der Vernunft und zu Normalisierungen führen. Berlin ist so wieder ganz in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Der Unterschied gegenüber früheren Jahren ist allerdings unübersehbar, und er ist entscheidend. Heute geht es nicht darum, mit einer Krise fertig zu werden und einer akuten Bedrohung zu widerstehen. Es geht heute - in einer Periode relativer Ruhe - darum, festzustellen, ob die Lage in und um Berlin krisensicher gemacht werden kann, ob es gelingt, bei Respektierung der Gegebenheiten zu Regeln für ein Nebeneinander zu finden, Regeln, die für die Zukunft Konflikte so gut wie ausschließen und somit im Interesse aller Seiten liegen sollten.

So wenig Berlin aus dem Verhältnis der drei Westmächte zur Sowjetunion und aus der politischen Großwetterlage in Europa herausgelöst werden kann, und so sehr Berlin hineingehört in die Friedenspolitik einer deutschen Bundesregierung, der es vor allem um den Ausgleich nach Osten hin geht: Von besonderer Bedeutung für Berlin sind die Gespräche der Botschafter der Vier Mächte in Berlin selbst. In ihnen geht es - entsprechend dem Aide mémoire, das im Dezember vorigen Jahres die drei Westmächte an die Sowjetunion richteten - vor allem darum:

1. Daß der zivile Verkehr von Personen und Gütern zwischen Berlin und der Bundesrepublik verbessert wird; das Kontrollverfahren nur einer Seite muß abgelöst werden durch ein Verfahren, das in Zukunft Willkürlichkeiten und Schikanen ausschließt.
2. Daß der freie Personenverkehr und auch der Telefonverkehr innerhalb Berlins wiederhergestellt wird; zumindest müssen die West-Berliner die gleichen Möglichkeiten erhalten wie alle Besucher Berlins - ob sie aus Hamburg, München oder Bonn, ob sie aus Paris, New York oder Tokio kommen -, den Ostteil der Stadt zu besuchen; diese Diskriminierung muß endlich abgebaut werden.
3. Daß die Diskriminierungen und Beschränkungen, denen West-Berlin in den Staaten des Warschauer Paktes unterworfen ist, abgebaut

werden; die Sowjetunion und ihre Verbündeten sollten auch - genauso wie alle anderen Staaten der Welt sonst - die Zugehörigkeit West-Berlins zur Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Vertretung West-Berlins durch die Bundesregierung völkerrechtsverbindlich anerkennen.

In Berlin sieht man ohne Illusionen, aber nicht ohne Hoffnung auf die Vier-Mächte-Verhandlungen in Berlin und über Berlin. Die Berliner sind in der Vergangenheit mit guten Ergebnissen aus Ost-West-Verhandlungen nicht eben verwöhnt worden; das hält sie aber nicht davon ab, geduldig alle Möglichkeiten - und bieten sie sich auch noch so bescheiden an - auf ihre Brauchbarkeit hin abzuklopfen oder zuzusehen, wenn sie abgeklopft werden.

Die Gespräche zwischen dem Osten und dem Westen, von wem sie immer und auf welcher Ebene sie immer geführt werden, haben im allgemeinen ihren schwierigsten Gegenstand in Berlin. Darum ist Berlin der Testfall, an dem sich Gelingen oder Mißlingen so mancher Bemühung um Abbau von Spannungen in Europa zeigt.

Sinnvollerweise wird an einem Punkt dieser Art festzustellen sein, ob und mit welcher Aussicht auf Erfolg eine europäische Sicherheitskonferenz angestrebt werden sollte. Der Status von Berlin ist also Prüfstand für mehr als nur die Klimategelung in der Stadt selbst oder auf ihren Zugangswegen. Wenn es hier möglich wird, Verbesserungen und Lösungen, die alle Seiten befriedigen, zu finden, dann werden auch für die Regelungen anderer Fragen, die Ost- und West-Europa betreffen, Möglichkeiten erkennbar. Freilich gilt auch die Umkehrung: Je mehr Regelungen und Verflechtungen zwischen dem Westen und dem Osten zustandekommen, desto leichter wird es sein, in Berlin voranzukommen.

Vom Leben heute in West-Berlin ist zu sagen, daß es nicht anders ist als irgendwo in der Bundesrepublik. Der Alltag in Berlin ist dem Alltag in anderen Städten durchaus vergleichbar. Das ist wichtig. Die Normalität ist keine politische Kategorie im engen Sinne des Wortes. Wohl aber ist es ein Politikum, daß die Menschen in West-Berlin unter den Bedingungen dieser Stadt normal leben.

Dies ist nicht nur eine Tatsache; dies ist ein Programm. Denn die Berliner wollen nichts anderes als die anderen Europäer: normal, also erträglich und auskömmlich, vor allem aber frei und in Frieden miteinander leben.

Den Rahmen dazu gibt der Status von Berlin. Trotz vieler Schwierigkeiten und angesichts außergewöhnlicher Probleme wurde in den 25 Jahren seit 1945 ein industrieller Platz erster Ordnung und ein Ausbildungszentrum von internationalem Rang aufgebaut und ausgestaltet. Jetzt geht es darum, dies noch sicherer zu gestalten und - gestützt auf die Erfahrungen mit dem Rahmen, den eine Vier-Mächte-Verantwortung aus dem Jahre 1945 heute noch bietet - West-Berlin zum Modell einer modernen Großstadt hinzuentwickeln, ein Modell, das seinesgleichen sucht weit über Deutschland hinaus in West und in Ost.